

1. II. 1917

52

Volkswirtschaft, Staatswirtschaft und Kriegsernährung,

so lautete das Thema, das am dritten Vortragsabend der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung am gestrigen Abend von dem Vorstandsmittglied des Kriegsernährungsamtes, Dr. August Müller, im SitzungsSaale des Abgeordnetenhauses erörtert wurde. Der Redner führte u. a. aus:

Was der Schutzverband für deutschen Grundbesitz in seiner Denkschrift an die Regierung und die gesetzgebende Körperschaft ausspreche: „Werden von Nahrungsmitteln herbeigeschafft, so regeln sich Preis und Verteilung am besten und natürlichsten selbst“, treffe zu. Das Unglück wolle nur, daß Landwirtschaft und Handel nicht genügende Mengen von Nahrungsmitteln herbeizuschaffen in der Lage seien, wenn als Maßstab die Bedürfnisse des Einzelindividuums angelegt werden. Daran scheitere die Durchführung des Systems der freien Kriegswirtschaft. Es würde zweifellos ein ungeheuerliches Steigen der Preise zur Folge haben und verhängnisvolle innerpolitische Konsequenzen nach sich ziehen. Deshalb sei eine Regulierung der Preise von oben, wobei natürlich eine entsprechende Relation der Preise der einzelnen Güter zueinander und eine entsprechende Berücksichtigung der Produktionskosten vorzunehmen sei, als etwas Unvermeidliches für die Kriegszeit zu betrachten. Für die Annahme, daß bei freier Preisbildung die deutsche Landwirtschaft imstande sei, den ganzen Ausfall der Einfuhr zu decken, fehle jeder Beweis. Es sei vielmehr anzunehmen, daß unsere Nahrungsmittelnöte nicht auf ein Versagen der Erzeugung zurückgeführt werden können. Die Erzeuger haben getan, was sie tun können. Ihre technische Leistung ist bewundernswürdig, aber weder sie noch der freie Handel würden imstande sein, den Ausfall weit zu machen, der durch das Unterdrücken einer Einfuhr von 5 900 000 To. Nahrungsmitteln im Werte von 2 450 000 000 M. entstehe.

Der größte Fehler unserer Ernährungswirtschaft sei nicht die Rationierung oder die unzuwehmäßige Preisgestaltung, sondern vielmehr die mangelhafte Verteilung. In der öffentlichen Kritik werde dieser Gesichtspunkt leider nicht immer in die richtige Beleuchtung gesetzt. Unsere Verteilungsvorschriften sind theoretisch so gut, als sie sein können. Sie leiden aber in der Praxis daran, daß nicht alle zur Verteilung bestimmten Gebrauchsgüter durch die öffentliche Hand erfasst und gerecht verteilt werden können. Mit Eiern, Butter, Fett, Fleisch und Milch werde ein Schleichhandel getrieben, der sich immer weiter ausdehne und unsere öffentliche Bewirtschaftung in ihren Grundlagen erschüttere. Wer die meiste Schuld daran trage, die Verbraucher, die für solche im unerlaubten Verkehr befindliche Produkte Phantasiepreise bezahlen, oder die Erzeuger und Händler, die diese Phantasiepreise schmunzelnd einstecken, sei schwer zu entscheiden. Jedenfalls könne man aus diesen Vorgängen nicht den Schluß ziehen, daß die Freiheit des Verkehrs hergestellt werden müsse, sondern ganz im Gegenteil könne aus diesen Erscheinungen und aus dem nun einmal nicht zu beseitigenden Mangel nur geschlossen werden, daß die Freiheit des Verkehrs die Uebel, die durch den Schleichhandel hervorgehoben werden, wahrscheinlich verstärken würde. Das einzige Mittel, um diesem Schleichhandel entgegenzuwirken, sei eine bessere Erfassung aller Waren an ihrem Ursprung. An dieser Aufgabe werde gearbeitet, sie werde aber erschwert durch die Vielgestaltigkeit des staatlichen Organismus, durch das Fehlen geeigneter Kräfte, durch die Ueberlastung aller Exekutivbehörden und durch den Umstand, daß das Kriegsernährungsamt keine eigene Exekutivorgane habe. Die Kritik am System könne fruchtbarer sein und wirklich etwas Wertvolles schaffen, wenn sie diese Zusammenhänge behandle und helfen würde, den Weg zu suchen, der uns aus diesen Schwierigkeiten herausführen kann.